



## Die Bundeswehr als Armee der Einheit

### Historisch richtig – aktuell wünschenswert

**25 Jahre nach dem offiziellen Tag der Einheit schadet der Blick auf eine besondere Entwicklung dieser Einheit keineswegs. Es geht um unsere Bundeswehr, die in diesen Tagen ihr 60jähriges Bestehen feiert. Gegründet wurde sie bekanntlich, weil trotz des zunehmenden Drucks durch die keineswegs friedliche Sowjetunion keine Europäische Verteidigungsgemeinschaft zustande kam. Die neue deutsche Bundeswehr musste sich 1955 selbständig bilden und der Nato beitreten. 40 Jahre nach ihrer Gründung war sie Schrittmacher der deutschen Einheit.**

Bundesverteidigungsminister Volker Rühle (CDU, 1992-1998) erlebte diese „Armee der Einheit“ in mehrerlei Hinsicht. Gemeinsam mit seinem Ministerium, damals auf der Bonner Hardthöhe, und gemeinsam mit dem Verteidigungsausschuss im Deutschen Parlament entwickelte er das Konzept einer verkleinerten, aber auf jeden Fall einer weiterhin bestehenden Parlamentsarmee. Seit Franz Josef Strauß die Prinzipien der Inneren Führung und des Staatsbürgers in Uniform eingeführt hatte, wirkte die bundesdeutsche Armee ganz anders als früher in der deutschen Geschichte, ganz anders als die Nationale Volksarmee der DDR, vor allem auch ganz anders als die Sowjetarmee mit ihrer würdelosen Rekrutenbehandlung. Der „Wehrbeauftragte“ war zum Synonym für die Freiheitsrechte der deutschen Soldaten geworden. Das sollte auch für die umzuformende NVA gelten.

Zusätzlich war die Bundeswehr aber auch in den Mittelpunkt neuer europäischer Konfliktherde geraten, besonders auf dem Balkan, wo sie mit Sanitätseinheiten und mit Luftbeobachtungsflugzeugen zur Sicherung beitragen sollte. Als die ersten deutschen ECR-Tornados im August vor 20 Jahren von Italien aus den Luftraum kontrollierten, sahen vor allem linke Politiker den Ausbruch eines neuen Weltkriegs gekommen. Einheiten der Bundeswehr halfen aber nicht bloß auf dem Balkan (zwei neue Staaten



1998 Ehreninformation des Panzeraufklärungsbataillons 13 in Gotha

von dort sind inzwischen EU-Mitglied), sondern 1997 auch beim Jahrhunderthochwasser an der Oder. Es lohnt sich zu wiederholen, was Brandenburgs Ministerpräsident Manfred Stolpe (SPD) damals sagte: „An den Deichen der Oder hat die deutsche Nation im Jahre sieben der Einheit ihre Bewährungsprobe bestanden.“ Bei so viel Lob für die Nation, für die Soldaten – und auch für den obersten Dienstherrn, Minister Rühle – konnte es nicht ausbleiben, dass die Gegner im Wahljahr 1998 ein negatives Thema suchten und fanden. Plötzlich war die Bundeswehr ein „Hort des Rechtsradikalismus“. Ein Untersuchungsausschuss sollte die Fakten liefern. Doch nach der für Rühle und seinen Bundeskanzler Helmut Kohl verlorenen Bundestagswahl war das innere Gefüge der Bundeswehr plötzlich wieder (einigermaßen) gesund. Es führten ja auch die beiden SPD-Minister Rudolf Scharping und Peter Struck die „von Rühle gesäuberten“ Streitkräfte. Jetzt konnte es keine Rechts-Tendenzen mehr geben.

### **Abwicklung der DDR-Armee ab 1990**

Vor Rühle war Gerhard Stoltenberg Verteidigungsminister (1989-1992). Schon dieser hatte klar erkannt, dass das Weiterbestehen einer irgendwie „demokratisierten DDR-Armee“ nicht zu akzeptieren war. Die beiden DDR-Minister nach den ersten freien Wahlen, Meckel (SPD) und Eppelmann (CDU), hatten nämlich davon geträumt, übergangsweise einen eigenen Auswärtigen Dienst und eine eigene Armee zu behalten. Formal hielt man dagegen, dass die neuen Dienste überdimensioniert wären. Faktisch aber erkannten die Diensttuenden sehr schnell, dass sie in Zukunft nicht mehr gefragt waren. Die führenden Dienstgrade bei den Diplomaten sollten wegen ihrer DDR-Belastung keinesfalls beibehalten werden, bei der NVA wiederum hatten sechzig Prozent der Offiziere und Unteroffiziere ehestmöglich ihre Weiterbeschäftigung als illusorisch eingestuft, sie schieden freiwillig aus. Oberste Dienstgrade wurden prinzipiell nicht übernommen. Doch andere wurden durchaus integriert. 1998 zählte man etwa 11.000 ehemalige NVA-Soldaten in der Bundeswehr. Politoffiziere befanden sich natürlich nicht darunter, die Dienstgrade waren meist herabgestuft. General Hans-Peter von Kirchbach erinnert sich, dass er am 3. Oktober 1990 – Stoltenberg war gerade das Kommando über die Soldaten der Nationalen Volksarmee in Strausberg übertragen worden – in Eggesin nahe der polnischen Grenze das Kommando über 4000 Soldaten übertragen bekam, welche am Tag davor noch die Uniform der Nationalen Volksarmee getragen hatten. Wie deren



Klaus Rose 1998 in Oberhof bei Biathlon-Weltmeister Frank Luck (rechts)

Stimmung war, kann man sich vorstellen. Der Integrationsprozess, bis hin zur Gleichstellung bei Versorgung und Rentenansprüchen, dauerte Jahre. Da es aber die Wehrpflicht gab, rückten viele junge Menschen aus der ehemaligen DDR in die Bundeswehr ein und vertieften das Gefühl der Einheit. Gewachsene Standorte blieben und verschwanden wie im Westen. In Gotha steht noch heute die Frie-

denstein-Kaserne, andernorts war „Ziviles“ gefragt. Auch die Sportsoldaten in Oberhof erlebten ein Auf und Ab – aber viele sind Sieger geworden.

### **Die Bundeswehr ohne Wehrpflichtige**

Die 1990 international beschlossene Bundeswehrgröße von 370.000 Mann sparte sich laufend kleiner. Heute gibt es bloß noch 180.000 Soldaten. Man kann das als Friedensdividende sehen, man kann aber auch besorgt sein. Denn die Sicherungs- und Schutzaufgaben sind nicht geringer geworden, im Gegenteil. Dabei geht es gar nicht um „Jahrhunderthochwasser“. Es geht um sehr spezialisierte Einsätze unterschiedlichster Art und in vielen Gegenden der Welt. Sowohl Bundespräsident Joachim Gauck wie Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) und Ursula von der Leyen (CDU) erwarten laufend „mehr internationale Verantwortung“. Wie soll die Bundeswehr das schaffen, auch ohne Wehrpflichtige?

Es ist nicht neu, dass immer wieder davon gesprochen wird, nur Unterprivilegierte würden bei der Bundeswehr dienen. Das galt in den alten Zeiten, als die Kasernen hinaus in die Provinz verlegt wurden, weil dort der Zuspruch zur Armee stärker gegeben war. Wann immer es um eine drohende Auflösung eines Standorts ging, wurde die „besondere Verbundenheit mit der Bevölkerung“ herausgestellt. In neueren Zeiten wird allerdings beklagt, dass zu viele „unterprivilegierte Oassis“ in die Bundeswehr drängten (Vorwurf durch Michael Wolffsohn von der Bundeswehruniversität München). Die „Aussetzung der Wehrpflicht“ durch den CSU-Minister Guttenberg hatte aber auch reale Gründe: gerade jene Politiker und Söhne von höheren Wirtschaftsgraden, die lautstark die „Pflicht zum Dienen“ einforderten, hatten selbst jeglichen Dienst abgelehnt, auch jenen im Zivil- oder Ersatzdienst.

Niemand wird bestreiten, dass die Nachwuchsgewinnung bei der Bundeswehr schwieriger geworden ist. Das gleiche gilt aber beim Handwerk, bei den Pflegekräften oder in den unterschiedlichen Regionen Deutschlands. Gibt es Attraktivität, dann findet man auch Interessenten. Der zwei- oder dreimonatige Einberufungsrythmus hatte früher auch Leerlauf erzeugt. Wenn sich heutzutage beispielsweise im Oktober 2011 4.589 Freiwillige zum verlängerten Wehrdienst meldeten und davon auch noch fast die Hälfte Hochschulreife besaßen, dann kann es um die Qualität nicht schlecht bestellt sein. Gehänselt hatte man sich auch früher: die Bayern durch die „Preußen“ (also alle Nichtbayern), die Bauernsöhne durch die Großstädter, die Dicken durch die Sportlichen. Trotzdem haben wir eine „Armee der Einheit“ und alle Politiker sollten „Einheit“ in der bestmöglichen Behandlung der Soldatinnen und Soldaten an den Tag legen. Deutschland ohne Soldaten würde die Handlungsfähigkeit des Landes einschränken. Soldaten in Deutschland aber sollten möglichst deutsche sein, ergänzt durch verbündete und freiwillig ins Land gekommene. Es bleibt auf sicherheitspolitischem Terrain auch in der Zukunft viel zu tun. Und erneut gesagt: ohne ein starkes NATO-Bündnis ist unser Land gefährdet. Das erneuerte Bündnis Russland-Syrien drängt zum Nachdenken.

*Der Autor ist erreichbar unter [mail@drklausrose.de](mailto:mail@drklausrose.de)*